

# Souverän werden

»Jedes nicht vom Volk persönlich ratifizierte Gesetz ist nichtig, es ist kein Gesetz«, postulierte Jean-Jacques Rousseau. Christian Felber plädiert für dezentrale Konvente als Start-Element einer »echten« Demokratisierung.



## CHRISTIAN FELBER

ist freier Publizist, Tänzer und Mitbegründer von Attac Österreich, Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien und Gründer der Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung sowie Mitinitiator des Projekts »Bank für Gemeinwohl«. Internationale Vortragstätigkeit, zahlreiche Publikationen. Am 17. März 2013 erscheint Christian Felbers jüngstes Werk: »Geld. Die neuen Spielregeln«

## LESE-TIPP

Christian Felber  
**Die Gemeinwohl-Ökonomie**  
Deuticke, Wien 2012

## WEB-TIPPS

[www.christian-felber.at](http://www.christian-felber.at)  
[www.gemeinwohl-oekonomie.org](http://www.gemeinwohl-oekonomie.org)  
[www.demba.at](http://www.demba.at)

**Das Einzige, was zum Triumph des Bösen notwendig ist, besteht darin, dass gute Menschen nichts tun.**

EDMUND BURKE

## IST

jemand **NICHT** politikverdrossen im Land? Vermutlich sind wir es alle. Gründe dafür gibt es genügend: Die Wahl einer Partei alle vier oder fünf Jahre stellt keine ernsthafte Beteiligungsmöglichkeit in der Demokratie dar. Es handelt sich um die komplexeste aller möglichen Fragestellungen und damit gleichzeitig um die unpräziseste. Parteien sind für alle Themen zuständig, aber undemokratisch organisiert und hierarchisch aufgebaut. Seilschaften, Financiers und Lobbies bestimmen den Kurs, die politischen, ökonomischen und medialen Eliten sind bestens miteinander vernetzt. Im Ergebnis führen Regierungen und Parlamente in vielen Bereichen eine Agenda gegen das »Volk«: Heranzüchtung systemrelevanter Banken, Rettung mit Steuergeld, freier Kapitalverkehr in Steueroasen, Sparprogramme für die Massen, Bankenunion, Beschneidung der BürgerInnenrechte, Überwachung, TTIP, ...

**Dass die vorgeblich** repräsentative Demokratie in einer tiefen Krise steckt, ist ein offenes Geheimnis. Doch zu einem Herrschaftsverhältnis gehören immer zwei: Eine Seite, die Macht missbraucht, und eine andere, die dieses Unrecht duldet und zu wenig dagegen unternimmt. *Souveränität* ist die Essenz der Demokratie, doch die meisten von uns kennen nicht einmal den Ursprung des Wortes: Das lateinische »superanus« bedeutet »über allem stehend«. Die konsequente Umsetzung käme einer »Revolution« in der Demokratie gleich. Denn wenn die Bevölkerung tatsächlich »über allem«, also über der Regierung, über dem Parlament und über der Verfassung stünde, dann könnte sie sich selbst mit einer Reihe »souveräner Grundrechte« ausstatten. »Die SouveränIn« könnte bestimmen:

1. Wie oft gewählt wird.
2. Ob Parteien oder andere Formen der Repräsentation gewählt werden.
3. Eine bestimmte Regierungskonstellation.
4. Die Abwahl der Regierung, die Auflösung des Nationalrates und Neuwahlen.
5. Den Stopp oder die Korrektur eines Gesetzesvorhabens des Parlaments.
6. Die Initiierung eines Gesetzes und dessen Verabschiedung per Volksabstimmung.
7. Die direkte Übernahme eines Grundversorgungsgebietes wie zum Beispiel Wasser, Energie oder Geld.
8. Die Abänderung der Verfassung und die Einsetzung eines Verfassungskonvents.

Von diesen acht möglichen »Grundrechten« genießen die Souveräne in Deutschland oder Österreich derzeit kein einziges: Die Souveräne sind politisch impotent! Darüber verdrossen zu sein ist wahrlich keine Kunst.

**Wer aber soll den Demokratie-Prototyp**, der in Deutschland und Österreich noch keine hundert Jahre gedient hat, durch Modell 2.0 ersetzen? Das Parlament? Die Regierung? Ein WeisInnenrat? Politisch erwachsen – souverän – werden heißt: Der Souverän muss selbst Verantwortung übernehmen und ins Gestalten gehen. Der Souverän, die SouveränIn sind wir alle. Ergo müssen wir selbst die neuen Spielregeln entwickeln. Bisher taten das stets andere für uns: die Könige und Kaiser, die Kirche, mehr oder weniger gewählte Vertretungen.

Die österreichische Bundesverfassung wurde am 1. Oktober 1920 von der Konstituierenden Nationalversammlung beschlossen, das Grundgesetz am 8. Mai 1949 vom »Parlamentarischen Rat«, der von den Landesparlamenten gewählt worden war und von den Alliierten genehmigt wurde. Dem angeblichen demokratischen

## DER KOMMUNALE GELD- ODER WIRTSCHAFTSKONVENT



Die im Oktober 2010 geborene und seither international stark wachsende Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung hat 20 Vorschläge für eine alternative Wirtschaftsordnung entwickelt. Die politische Strategie der Bewegung ist, dass die wichtigsten Fragestellungen einer Wirtschaftsordnung – Werte und Ziele des Wirtschaftens, Erfolgsmessung, Marktordnung, Arbeitszeit, Ungleichheit, Eigentumsformen, Ökologie, soziale Sicherheit, ... demokratisch diskutiert und beschlossen werden: in »kommunalen Wirtschaftskonventen«. Die Ergebnisse könnten in höhere Konvente einfließen, bis zum »Nationalen Wirtschaftskonvent«, der den Entwurf einer ersten demokratischen Wirtschaftsverfassung ausarbeiten würde, über den die Bevölkerung abstimmt. Ergebnis wäre ein »Wirtschaftsverfassungsteil«, der dem Parlament als demokratisch legitimierte Gesetzgebungsgrundlage dient.

Die Organisation eines »kommunalen Wirtschaftskonvents« ist eines von mehreren Projekten einer Gemeinwohl-Gemeinde. Anfang 2014 gab es bereits sechs Gemeinwohl-Gemeinden in Spanien und Italien, mehrere Dutzend haben Interesse: von Weiz bis Lech, von Pfaffenhofen an der Ilm bis Dornach in der Schweiz, von Veracruz (Mexiko) bis Chacao (Venezuela). Voraussichtlich werden noch 2014 die ersten Konvente starten.

CHRISTIAN FELBER

Christian Felber

G, E, L, D.  
Die neuen Spielregeln**GELD. DIE NEUEN SPIELREGELN  
VON CHRISTIAN FELBER**

Geld sollte uns Menschen eigentlich dienen und das Leben erleichtern als Mittel des Wirtschaftens. Davon sind wir heute weit entfernt: »Systemrelevante« Banken, finanzielle Massenvernichtungswaffen, Staatsschuldenkrise, Währungsspekulation, Zwangsdelegierungen, ESM und Fiskalpakt – Geld beherrscht unser Leben. Das Mittel ist zum Zweck, der Diener zum Herrn geworden, Mammon und Gott haben Rollen getauscht. Das sollte sich ein wahrhaft demokratisches Gemeinwesen nicht gefallen lassen. Eine echte Demokratie könnte die Spielregeln, nach denen das Geld in Umlauf kommt und verwendet wird, bewusst bestimmen. Dieses Buch plädiert für »Demokratische Geldkonvente« in jeder Gemeinde, in denen die Grundbausteine einer Geldordnung partizipativ diskutiert und entschieden werden. Die Regierungen und Parlamente werden an der gegenwärtigen Ordnung nicht rühren – sie sind selbst Teil dieser Ordnung. Ein echter »Souverän« könnte Geld zu einem öffentlichen Gut und zu einem Mittel für das Gemeinwohl machen.

**Geld. Die neuen Spielregeln**, das neue Buch von Christian Felber, erscheint am 17. März 2014 im Verlag Deuticke, 304 Seiten, ca. 19,90 Euro · ISBN 978-3-552-06213-9

Souverän wurden bisher stets die Regeln anderer vorgeordnet.

**Souverän werden heißt**, die kindliche Wärme- und Sicherheit der »repräsentativen« Demokratie zu verlassen und sich mit anderen freien Menschen zusammenschließen zu einer breiten BürgerInnen-Bewegung für die Vertiefung der Demokratie bis hin zu echter Souveränität. Ein erster Schritt zum Ziel könnte die Organisation von dezentralen Themenkonventen, zum Beispiel »kommunalen Wirtschaftskonventen« sein (siehe Kasten).

Der »Krönungskonvent« ist der Verfassungskonvent. In diesem legt der Souverän die Spielregeln für das demokratische Gemeinwesen fest und verleiht sich selbst seine Grundrechte, die ihm bisher von anderen gewährt, überwiegend aber vorenthalten wurden. Von echter Demokratie kann man erst sprechen, wenn die Regeln vom Volk gemacht werden. Gewaltenteilung erfordert, dass die politische Potenz bei der Souveränin bleibt und Parlament und Regierung nur einen Arbeitsauftrag erhalten, den souveränen Grundsatz-Willen im Detail auszuführen. Der demokratische Verfassungskonvent könnte durch direkte Wahl der Mitglieder oder über ein stufenweises Delegationsverfahren von der kommunalen Ebene ausgehend konstituiert werden. Der finale Entwurf, durchaus mit Varianten, würde von der gesamten Bevölkerung demokratisch abgestimmt. Wollen wir den Demokratie-Verdross loswerden, sollten wir uns keine geringere Freiheit nehmen als diese.

Christian Felber



Harald Welzer

**12 REGELN FÜR ERFOLGREICHEN WIDERSTAND**

typografisch in Szene gesetzt von Moreau,  
erhältlich bei GEA als Decke in kBA-Baumwolle 200 x 150 cm, € 69,-

## Was braucht eine lebendige politische Kultur?



»Die Demokratie benötigt ein die Bürger verbindendes Gemeinschaftsgefühl, das seinen Ausdruck in einer Vielzahl nichtkommerzieller Organisationen und Institutionen findet. Eine lebendige politische Kultur braucht Bibliotheken, öffentliche Schulen, Nachbarschaftsinitiativen, Kooperativen, Versammlungsorte, Freiwilligenverbände und Gewerkschaften, damit die Menschen sich treffen und ihre Probleme bereden können. Die neoliberale »Demokratie« [= die »marktkonforme Demokratie« à la Angela Merkel], die den Markt über alles stellt, lässt diesen Bereich links liegen. Sie bringt keine Bürger, sondern Konsumenten hervor, keine Gemeinschaften, sondern Einkaufszentren. So entsteht schließlich eine atomisierte Gesellschaft gleichgültiger Individuen, die sich demoralisiert und ohnmächtig fühlen.« **NOAM CHOMSKY, Profit over People**

## Zurück zum Politischen



Auch der Sozialpsychologe und Direktor von Futurzwei, Harald Welzer, erklärt, dass Widerstand Gemeinschaften braucht, »Wir-Gruppen, in denen spezifische Selbstbilder etabliert werden, die wiederum Handlungsbereitschaft, Mut, Selbstvertrauen und Phantasie freisetzen.« »Zurück zum Politischen« heißt denn auch ein Kapitel in Welzers Buch »Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand«.

»Ich begreife Politik nicht als Anliegen von dafür zuständigen Personen, sondern demokratietheoretisch als Angelegenheit aller. Und da würde ich Colin Crouch mit seinem Büchlein *Postdemokratie* Recht geben, dass wir in den westlichen Demokratien spätestens seit der Wiedervereinigung eine Entpolitisierung seitens der Zivilgesellschaft zu verzeichnen haben. Man meint, Politik ist das, was Politiker machen. Alle anderen übernehmen alles andere. Politik ist aber keine Arbeitsteilung, sondern muss von allen gelebt werden.«

HARALD WELZER, [www.futurzwei.org](http://www.futurzwei.org)

